

Dieses Jahrgang erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 40 Pf.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Beitragstelle.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. S. Meyer.
Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Rückblick auf den Verbandstag.

Schon bei der Ankunft der Delegierten in Leipzig am Sonnabend, dem 3. Juli, am der Art ihrer Begrüßung merkte man es: Der diesmalige Verbandstag wird anders aussehen und anders verlaufen als die drei vorhergehenden. Das waren keine Begrüßungen kalter äußerlicher Formalität, hinter denen in den letzten Jahren sehr oft verbissene Feindschaft lauerte, das waren wieder die herzlichen Begrüßungsworte, in denen innerliche Wärme und wirkliche Freude des Wiedersehens lag. Das schöne inhaltreiche Wort „Kollege“ hatte wieder seinen wahren ehrlichen Klang. Weshalb? Die Organisation hat eine geistige Umwandlung erfahren. Was uns vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus innerlich fremd war, ist aus dem Verbanne ausgeschlossen. Was noch zurückgeblieben ist, hat sich mehr oder weniger anzugleichen versucht. Denen das nicht gelang und die noch „Opposition“ markieren wollen oder glauben zu müssen, ist bei der Sache nicht ganz wohl. Tatsächlich gab es auf dem Verbandstage in Leipzig keine Opposition. Die Opposition aus politischen Gründen oder aus Eifersüchlichkeit, die wir auf den Verbandstagen 1917—1920 und 1922 kennen lernten, ist heute nur noch in einer schlecht gelungenen Imitation vorhanden. Wohl haben die paar Mann — vielleicht zehn oder auch ein Duzend — aus lieber alter Gewohnheit oder auch um einer nur für sie, nicht für den Verbandstag, in Frage kommenden „höheren“ Instanz Rechnung zu tragen, Sonderzusammenkünfte abgehalten. Einen Niederschlag auf den Verbandstag haben jedoch die Sonderberatungen nicht gezeitigt. 1923 dürften auch diese Reste verschwunden sein. Sei es, daß sie ihre Zwitterstellung aufgaben, oder daß sie ihrer eigenen Laktik zum Opfer fallen, wie schon so viele. Es ist nämlich eine feststehende und durch zahlreiche Beispiele beweisbare Tatsache, daß die Mitgliedschaft eines Tages denen das Vertrauen entzieht, von denen sie systematisch zum Mißtrauen, ja zur Verachtung der leitenden Personen erzogen worden ist.

Außerst interessant ist es, feststellen zu können, daß die meisten wichtigen und wichtigsten Beschlüsse einstimmig gefaßt worden sind oder doch ohne Gegenstimmen. So stimmte niemand gegen die Resolution Rückert, die dem Vorstand das Vertrauen ausspricht, obwohl die Mißtrauensresolution Nürnberg 10 Stimmen erhalten hat. Auch die Vorstandswahlen vollzogen sich einstimmig und ohne Widerspruch. Wie ist diese Erscheinung zu erklären? Sehr einfach. Die Kollegen der heutigen „Opposition“ leisten selbst praktische Arbeit im Dienste des Verbandes oder der Arbeiterbewegung. Sie fragen und fühlen selbst Verantwortung. Sie sind nicht leichtfertig genug, gegen ihre bessere Überzeugung zu stimmen. Deshalb blieben auch ihre Reden, soweit sie sich in die spekulativen politischen Gebiete verloren, eindrucklos, weil sie im Widerspruch standen zu ihrer praktischen gewerkschaftlichen Betätigung und deshalb ohne innere Wärme vorgetragen wurden. Diese Tatsache ist bedeutungsvoll und deshalb der Betrachtung wert.

Ein Oppositionsvertreter (Wassner) führte in der Diskussion zum Vorstandsbericht aus, er erkenne die Kleinarbeit als notwendig zur Erreichung des Klassenkampfzieles an und bezeichne die Kleinarbeit als Teilziele. Er gibt ferner zu, daß man bei seinen Kampfmaßnahmen die jeweiligen Verhältnisse zu berücksichtigen habe. Das ist ein prinzipielles Bekenntnis zur Reformarbeit, das den Betreffenden weitab führt von der Laktik seiner Richtung, zu der er nach einem solchen Bekenntnis gar nicht gehört.

Auch die kommunistische Presse, die noch 1922 über den Frankfurter Verbandstag die inamtsen Berichte fabrizierte, hat dieses Mal „verhältnismäßig“ objektiv berichtet. Es wäre aber gut, wenn der kommunistische Pressedienst nicht Leute schicken würde, die mit Schwerhörigkeit behaftet sind.

Festgestellt kann werden, daß es auf dem Leipziger Verbandstag ernstere Differenzen nicht gab, wenn man von dem Antrag Nürnberg absieht, den sein Verfasser persönlich begründet hat, und dessen Annahme von der kleinen Opposition so warm befürwortet wurde. Die Vertreter dieser Richtung haben aber wiederholt dem Kollegen Brey den guten Glauben zugebilligt, seine Ehrenhaftigkeit und lautere Absicht betont. Sie wollten auch nicht zugeben, daß der Antrag A 6 (Nürnberg) gegen Brey ein Mißtrauen aussprechen solle, lediglich ein Protest solle er sein. Der Kollege Meier (Nürnberg) führte zur Kennzeichnung dieses Antrages und seiner Entziehung aus:

Der Antrag Nürnberg A 6 ist nicht die Willensäußerung der Nürnberger Jahrsstelle. Die Nürnberger Jahrsstelle umfaßt mehr als 5000 Mitglieder, und nicht fünf Duzend davon haben dem Antrag zugestimmt. (Hört, hört! und Widerspruch.) Von diesen nicht fünf Duzend hat der größte Teil aus einer gewissen Bosheitspolitik dem Antrage seine Zustimmung gegeben mit der Begründung: Wir nehmen den Antrag an, aber du, Antragsteller, gehst selbst nach Leipzig und begründest ihn. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Sie haben die Begründung

gehört. Die Nürnberger Wählerschaft hatte zwar den Kollegen Pflugfelder nicht zum Verbandstagsdelegierten gewählt; da aber der Vorsitzende der Jahrsstelle Nürnberg solche Anträge toleriert und er als Delegierter heute nicht anwesend ist, ist dem Kollegen Pflugfelder Gelegenheit gegeben worden, Ihnen diese lichtvolle Begründung vorzutragen. (Heiterkeit.) Ich habe mich für verpflichtet gehalten, das im Interesse des guten Namens unserer Jahrsstelle zu sagen.

Auch zwei namentliche Abstimmungen hat die diesjährige Tagung gesehen. Einmal handelte es sich um die Maßregelungs- und Streikunterstützung und dann um die zwischen zwei Verbandstagen liegende Zeitdauer. In beiden Fällen fiel der Beschluß im Sinne des Entwurfs der Statutenberatungskommission aus. Der Zweck dieser namentlichen Abstimmung ist nicht recht ersichtlich bei einem Parlament, das in seiner geistigen Gesamteinstellung und in der prinzipiellen Auffassung seiner Teilnehmer zu den sie bewegenden Fragen fast Einheitlichkeit aufweist. Sollten die namentlichen Abstimmungen den Zweck haben, einen gewissen Druck auf einen Teil der Delegierten zugunsten einer bestimmten Meinung auszuüben, so dürfte das Mittel der namentlichen Abstimmung von vornherein unzulänglich sein aus einer ganzen Reihe von Gründen, die hier nicht aufgezählt werden sollen.

**„Wenn ein Volk oder eine Volkschicht
legendwie hungert oder unterernährt ist,
sind es immer zuerst die Mütter, die leiden.“**
(Reichsgesundheitsamt).

Auch eine ogstatorische Ausübung einer solchen Abstimmung ist ganz undenkbar. So etwas ist doch nur möglich, wo nicht nur Meinungsdivergenzen, sondern wirkliche tiefgehende Gegensätze vorliegen. Verständlich waren die namentlichen Abstimmungen auf den letzten drei Verbandstagen, wenn man auch die dort aufgetretenen zerstreuten Erscheinungen bedenken muß. Daß das Mittel der namentlichen Abstimmung in einer Organisation wie der anstigen den beabsichtigten Zweck verfehlen muß, beweisen die beiden Abstimmungsergebnisse. In beiden Fällen sind die Antragsteller für namentliche Abstimmung in der Minderheit geblieben. Diese akademische Erörterung soll nicht etwa aufgefaßt werden als Kritik, sondern als eine Anregung zum Nachdenken.

Ein lebhaftes jedoch sachliches Geplänkel gab es bei der Behandlung der Frage einer evtl. Wiederaufnahme in den Verband der infolge der politischen und wirtschaftlichen Wirren aus der Organisation Ausgetretenen. (Antrag H 8, Chemnitz.) In Verbindung damit wurden auch die Ausschlüsse verschiedener Mitglieder erörtert, die sich schwerer Verbandschädigungen schuldig gemacht hatten und die in der Regel politisch zur kommunistischen Partei gehörten. Als eine Reihe von Rednern diese verschiedenen Charaktere und ihre Laten schilderten, erklärten selbst die Delegierten, die sich als KPD-Anhänger bezeichneten, für solche Elemente trafen sie nicht ein, ja sie würden selbst für Ausschluss solcher Mitglieder — wie verschieden geschilbert — plädieren. Schließlich einigte man sich dahin, von Fall zu Fall zu entscheiden, wenn Anträge auf Wiederaufnahme in den Verband der in Frage stehenden kommen.

Geschlossen wie ein Mann stand der Verbandstag zu der Resolution vom Frankfurter Verbandstag bezüglich der Auswirkung der Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses zur Bildung von Industrie-Organisationen. Man war einig in dem von Brey in seinem Referat zu dieser Frage ausgesprochenen Gedanken: Wir wollen verhandeln über bestimmte Teilgebiete, aber das Gebiet, das uns gehört, wollen wir garantiert haben, damit wir endlich in Ruhe unsere Agitations- und Organisations-Arbeit erledigen können. Wir lassen unseren Verband nicht zerreißen und aufteilen. Ohne Diskussion — weil der Kollege Brey sprach, was alle dachten — ging der Verbandstag an die Erledigung des nächsten Punktes.

Nicht verärgert, nicht verbittert gingen wir dieses Mal vom Verbandstag nach Hause, sondern befriedigt und mit neuem Mut zur Arbeit. Unbefriedigt vom Leipziger Verbandstage zu gehen, dürfte von allen Anwesenden kein einziger Ursache gehabt haben. Während wir vor einigen Jahren manches Mal bangten um die Festigkeit des Verbandesgefüges, angesichts des Bruderkampfes, können wir heute sagen, dieses unangenehme Gefühl ist wieder verschwunden. Wir stehen wieder fest, weil wir einig sind.

Zahle deinen Zoll

du Hungerleider, damit die Besther des Grund und Bodens und der Produktionsmittel ihren Anteil füllen können. Man kann reden und schreiben gegen das Zollsystem und seine Gefahren, das stört jene Leute nicht, die ein Interesse an den Zöllen haben. Vielleicht sagen sie sich nicht mit Unrecht: Du dummes deutsches Volk, weshalb hast du in deiner Mehrheit dich für uns entschieden als du das letzte Mal zur Wahlurne gingst? Deutscher Michel, du hast uns die Macht gegeben, jetzt nähren wir sie aus. Ziehe nur deinen Riemen einige Löcher enger, dann wirst du schon zurechtkommen. Jedem Rebellen muß man die Freiheit entziehen, also tue das jetzt auch mit deinem rebellierenden Magen.

Das ist eine bitterböse Gardinenpredigt, aber sie hat den Vorteil oder auch den Nachteil, daß sie den Nagel auf den Kopf trifft.

Die zollinteressierte Majorität des Reichstags hat die Macht, und diese wird von der Majorität ausgenutzt, und sie kennt in ihrer Beutegier keine Rücksichten. Die Zollinteressenten fragen nicht nach dem Urteil der Vernunft und nicht nach dem moralischen Urteil, das die Geschichte über sie fällen wird. Der Fluch der Armen, der Arbeitslosen, der Kinder und Kranken stört sie nicht auf ihrem Beutezug, denn sie haben ihr Gewissen ausgeschaltet, und sie wissen, daß der Gott, so wie sie ihn sich vorstellen, ihnen ihre Todsünde verzeihen wird, die darin besteht, daß sie den Witwen und Waisen das Brot stehlen.

Ganz gewiß sind diese sentimentalischen Betrachtungen wertlos. Der modernen Räubern muß man schon mit der Waffe der Wissenschaft auf den Leib rücken.

Das ist bereits in reichlichem Maße geschehen. Eine Sachverständigenkommission hat zum Leidwesen der Regierung festgestellt, daß Zölle unter Umständen für das heutige Deutschland eine Gefahr bilden. So hat, bezüglich der Zölle auf Getreide, der Sachverständige Professor Sering erklärt:

Stets richten sich die Preise nach den höchsten Produktionskosten. Der Preis für die Massenerzeugung des Getreides ist in dem letzten Jahrhundert stets aufwärts gestiegen. Nur dreimal hat diese Aufwärtsbewegung eine Unterbrechung erfahren: Nach den napoleonischen Kriegen, im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und in der Zeit nach dem Weltkrieg trat eine Agrarkrise ein. Die Krise im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war auf die Erschließung des größeren Teiles der gemäßigten Zone durch die Eisenbahn zurückzuführen, die ihre Festererscheinung in der erweiterten Industrialisierung von Mittel- und Westeuropa hatte. Die Weltproduktion an Getreide, namentlich auch aus Amerika, kam schneller in die Verbraucherkreise; das Angebot wurde so groß, daß die Preise nicht mehr zu halten waren. Diese Situation ist aber seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts vorüber, weil die Anbaubedingungen in den überseeischen Gebieten sich verschlechtert haben. Durch die Laktache der Bevölkerungszunahme in den großen getreideproduzierenden Ländern, dem außereuropäischen Rußland und Amerika, um 50 Millionen Köpfe ist dort ein Getreidemehrbedarf an 100 Millionen Doppelzentnern entstanden. Die Preise für Getreide stiegen dann auch seit 1896 und stiegen besonders stark seit 1904, um konstant bis zum Kriegsende zu steigen. Der große Rückschlag kam 1920, als die Amerikaner aufhörten, Kredite zu geben. Es entstand das Phänomen der Preisstiere, d. h. der Steigerung der industriellen Erzeugnisse bis auf 200 Prozent der Vorkriegspreise und des Stiefensbleibens der Preise der Landwirtschaft. Die Anbaumethoden der Welt sind von 1919 bis 1923 geringer geworden. Die Exportmengen waren ebenfalls geringer geworden. Daher ergab sich auch die Einfuhrmengen nach Europa.

Der größte Getreideexporteur, Argentinien, ist ausgeschlossen. Trotz dieser Verknapfung sind aber tatsächlich schlechte Agrarpreise vorhanden. Der Ausdruck dieser neuen Agrarkrise liegt begründet im Zusammenbruch der europäischen Kaufkraft. Die Agrarkrise hat am stärksten die Peripherienländer, andererseits aber das durch den Krieg am schwersten belastete Land: Deutschland betroffen. Seit Mitte 1924 vollzog sich ein großer Wandel. Die Agrarpreise sind gestiegen, die Industriepreise zurückgegangen oder doch freigegeben. In allen Freihandelsländern der Erde hat sich die Preisstiere geschlossen. Zum erstenmal seit Beginn des Krieges konnten 1924 größere Quantitäten und bessere Qualitäten aufgenommen werden, weil durch das Dawes-Abkommen für ein Jahr eine Atempause geschaffen worden ist. Es fragt sich, ob diese Schließung der Preisstiere für die Dauer ist. Es wird aus dem Jahre 1924 ein dauernder Gewinn registriert werden dürfen, und es wird nie gelingen, die Menschheit wieder herunterzudrücken auf einen niedrigeren Lebensstandard. Deshalb geht meine Prognose dahin, daß mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, daß die Getreidepreise für die Zukunft wieder steigen, genau wie vor dem Kriege. Es könnten Rückschläge eintreten. Daran würde ich die Konsequenz ziehen, daß man für Getreide „Zölle bereit halte“. Was die Viehpreise anbelangt, so geht für mich aus einwandfreien Berichten hervor, daß auch die Viehpreise steigen. Man muß mit gewissen Gefahren rechnen, aber doch die eine Frage behaupten die Freiheit u. Rücksichten stellt, ob die weltwirtschaftlicher Produktionsverhältnisse sich so geändert haben, daß die Landwirtschaft heute den Zollfuß erheben kann.

Man soll ja nicht nur das Getreide bzw. das Brot erheblich verteuert werden, sondern alles, was man in den Mund steckt. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Menge von Nahrungsmitteln, die durch den Zollfuß eine Verteuerung erfahren sollen. In der Tabelle ist die für eine fünfköpfige Familie erforderliche Mehrausgabe errechnet, die aus dem Zollfuß erwächst.

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen	Jährliche Mehrausgabe durch Zolltarif		
		ka	h	p. h.
Roggenbrot	40	28,20	13,5	
Weißbrot	5	4,60	10,4	
Weizenmehl	4	4,09	15,1	
Gruppen	1,833	0,91	7,4	
Weizengries	1,833	2,63	18,4	
Gaferloden	1,833	1,58	12,8	
Vollreis	1,833	0,95	5,8	
Erbsen	1,833	0,95	7,4	
Bohnen	1,833	0,95	6,8	
Kartoffeln	50	7,05	10,8	
Gemüse (Kohl)	15	7,80	13,8	
Rindfleisch	3,5	20,50	20,0	
Schweinefleisch	1,5	8,80	25,0	
Lammfleisch	1	5,85	22,5	
Speck	0,5	2,84	12,2	
Seberwürst	2	11,70	18,8	
Butter	2	7,80	7,6	
Margarine	2	7,80	19,2	
Schweinefleisch	2,25	3,65	6,9	
Käse	1,75	6,83	16,8	
Falsheringe	1,5	0,81	4,4	
Zucker	3,5	4,55	15,0	
Eier (Stück)	28	1,32	3,1	
Vollmilch (Liter)	35	6,82	5,6	
Kaffeebohnen	1,25	1,68	19,3	
Zusammen		149,91	12,8	

Das bedeutet also für die Familie von fünf Personen eine Mehrausgabe von 150 Mk. im Jahr, die sich aus einer im Durchschnitt sich ergebenden Preisverteuerung von 12,6 Prozent zusammensetzt. Selbstverständlich ist die prozentuale Belastung des Jahreseinkommens sehr verschieden, je nach der Höhe des Verdienstes. Die Preise für die hier aufgezählten Lebensmittel sind für den Willkürer genau so hoch wie für die Witwe oder den Invaliden, aber der Teil, den sie von ihrem Einkommen für den Zoll opfern müssen, ist in der Differenz vom hohen zum niedrigen Einkommen ungeheuerlich. Die Wirkung der Zollbelastung würde so aussehen:

Belastung des Einkommens durch den Zoll bei einer jährlichen Mehrausgabe von 149,91 Mk. für Lebensmittel:

Jahreseinkommen	Von je 100 Mark Einkommen sind für den Zoll zu zahlen
750 Mk.	20,00 Mk.
1 500 -	10,00 -
3 000 -	5,00 -
5 000 -	3,00 -
60 000 -	0,25 -
300 000 -	0,05 -

Also während der Invalide mit 750 Mk. Jahreseinkommen von je 100 Mk. 20 Mk. abgeben muß, macht der Zoll bei dem Großindustriellen mit 300 000 Mk. Einkommen pro 100 Mk. nur 5 Pfennige aus. * Kam sage noch jemand, die Zollaufen wären ungleich verteilt.

Das Sozialisierungsproblem.

Von Paul Kampffmeyer.

Karl Renner erschließt uns in seinem Werk: *Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung* besonders anschaulich die Rolle der Zirkulation des Waren- und Kapitalumsatzes in der heutigen Wirtschaft. In der Produktion werden zunächst die ungeheuren Warenmassen hergestellt, von denen die bürgerliche Gesellschaft lebt, und die so schreiend ungleichmäßig auf die verschiedenen Klassen der Gesellschaft auf die kapitalistischen Unternehmer, Leihkapitalisten, Grundbesitzer und Lohnarbeiter verteilt werden. Im reihen Strom fließen den kapitalistischen Unternehmern, den Rentiers, Bankiers und Großgrundbesitzern die Lebens- und Genussmittel zu, tropfenweise dagegen den Lohnarbeitern, die durchschnittlich von diesen Mitteln gerade nur existieren können. Der Lohnarbeiter erhält eben in seinem Lohn nur einen Teil seines in Geld ausgelegten Arbeitsprodukts zurück, während der andere von dem Unternehmer in Geldform eingeschrieben wird. Die Verwertung des Arbeitsprodukts in Geld vollzieht sich in der Warenzirkulation. Hier verwirklicht sich der Wert des Arbeitsprodukts, erst hier kann der Kapitalist seinen Mehrwert und der Arbeiter seinen Lohn in Empfang nehmen. Die geschaffenen Werte der gesellschaftlichen Arbeit werden in der Zirkulation verteilt.

Wenn die einzelnen Arbeitergruppen die heutigen kapitalistischen Betriebe, in denen sie schaffen, gemeinsam besäßen, so würden sie wohl einen Teil ihres von den Kapitalisten ausgelegten Arbeitsprodukts in ihre eigene Tasche stecken können, nämlich dann, wenn dieses Produkt auf dem Markt zu einem höheren Preis verkauft würde. Im Austausch gegen Geld müßte eben dieses Arbeitsprodukt erwerben, ob und in welchem Umfang es gesellschaftlich notwendig ist. In der Warenzirkulation dürfte es sich um in vielen Fällen um bestimmte Arbeitsleistungen handeln, die nicht nur recht niedrige Geldwerte erzielen, die sich wenig höher als die Produktionskosten der Waren stellen. Weist die Zirkulation der Arbeitsprodukte in der heutigen Form auf, so ist die heutige Verhältnismäßigkeit, die heutigen Preisverhältnisse wieder einzutreten. Abhängig von ihren verändernden Verhältnissen auf dem Bestand der Betriebe werden sich weiter ausbilden und mitunter ganze Zweige der Produktion bilden.

Mit einer logischen Sozialisierung der Produktion, mit einer Verwindung der kapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Arbeitereigentum bliebe die Lösung des Sozialisierungsproblems sehr unvollständig. Die Sozialisierung muß die Produktion und die Zirkulation der Arbeitsprodukte umfassen, muß den Stoffwechsel mit der Natur, die einmal Marx bemerkt, *„rationell regeln“*, unter gemeinschaftlicher Kontrolle bringen. Die Regelung der Produktion ist heute in der Konzentration der Kapitalisten blind und unbewußt unter Verwindung zahlreicher Produzenten

durch. In der Zirkulation wird Verzicht über die Produktion gehalten, zahlreiche Arbeitsprodukte werden zu leicht befunden, zahlreiche Produzenten werden gerichtet und vernichtet. Eine gewaltige Neuverteilung von Eigentum geht freiwillig in der Zirkulation der Waren und der Kapitalien vor.

Die Zirkulation der Kapitalien, das Zu- und Abfließen dieser in die einzelnen Arbeitszweige vollzieht sich heute hauptsächlich durch die Banken. Die Banken nehmen die Kapitalien der einzelnen Eigentümer in Empfang und leihen sie den Betrieben zu, in denen sie produktiv arbeiten, d. h. kapitalistische Profite abwerfen. Die Kapitaleigentümer vollziehen hier gar keine wirtschaftlichen Funktionen mehr, ihre Aufgaben löst die Bank, und sie stecken einfach nur arbeitslose Profite, Zinsen, ein. Das Kapital streift hier nach Renner seinen Charakter „als Individualigentum“ ab, es wird „soziale Anstalt“, die von Funktionären verwaltet wird.

Die Bank, zahlreiche Kapitalien zusammenfassend, kann nun tatkräftig die hervortretende Tendenz der Vereinigung der Betriebe unterstützen. Eine neue Kapitalform erscheint als Ideal: Ein Kapital, das vom Rohstoff her alles selbst erzeugt, keinen Handel mehr braucht, die Produkte direkt an

Kommt der Zolltarif durch, so steigt der Preis von Schwarzbrot um mehr als 13% „Weißbrot“ „ „ „ 10% „Kartoffeln“ „ „ „ 10%

den Konsumenten gibt: Etwa ein Petroleumkonzern, der die Ölfelder in Amerika ausbeutet und das gewonnene Petroleum in unseren Städten von Tankwagen an unsere Hausfrauen abgibt! Es ist wieder Universalkapital, das allen Mehrwert angeeignet realisiert, aber nicht mehr das armselige Kapitalrudiment eines individuellen Universalisten. Universalkapital auf gesellschaftlichem Maßstab, Produkt der automatischen Zirkulation, automatische Sozialisierung, jedoch abermals ohne Bewußtsein, wider Willen, ohne rechtliche Sanktion, ohne Mitbestimmung der Menschen, die nur passiv, ohne rechtlich eine aktive Gemeinde zu bilden, sozialisiert sind, als halbgeschöpfte Sozialisierung“ (Renner). Ein Kapital von industriell-, kommerziell- und bankartigem Charakter entsteht, das sich in zahlreichen Phasen der Produktion und Zirkulation auswirkt und wegen seiner monopolistischen Eigenart jede Konkurrenz anderer Kapitalien unmöglich macht. Man aber ist die kapitalistische Zirkulation nicht mehr die Arena der Freien und Gleichen, sondern der Platz, wo die hochgebildeten Kapitalmächte ihren botmäßigen Gefolgsknechten ihren Profitanteil zuteilen. Der Stinneskonzern, das Haus Morgan strebt empor. Der Petroleumkonzern beherrscht die halbe Erde, der Bankkonzern Morgan diktiert den europäischen Souveränitäten (Frankreich, Deutschland) die Bedingungen der Verständigung. Wir eilen einer Organisation des Weltmarktes, einer Ordnung der Gesamtzirkulation der kapitalistischen Wirtschaft zu. Und diese Vergeßlichkeit der Zirkulation schafft nach Renner erst die vollen Voraussetzungen für den Weltsozialismus.

Eine Sozialisierung der Zirkulation hat also unbewußt eingeleitet, sie muß zielbewußt und planmäßig im Interesse der Gesellschaft zu Ende geführt werden.

Die kapitalistische Entwicklung trennte die funktionierenden Kapitalisten, wirtschaftliche Aufgaben lösenden Kapitalisten von den bloßen Mehrwertempfängern, von Zins-einstreichern, Zins, Rente, Dividende haben schon vielfach reine Titelform angenommen. Das ganze arbeitslose Titelvermögen mit seinem Gefolge von Mehrwertausprägungen kann durch die Sozialisierung in einer zum Übergang nötigen Zeit zugunsten der organisierten Gesellschaft eingezogen werden. Ein solcher Vorgang läßt viel nützlicheres und kleineres Eigentum, das noch fungiert, freibekommen — genug, daß der Grundbesitzer die volle Hypothek seines Grundbesitzes, der kleine Industrielle in seinen Kapitalzins seiner Betriebsanlage der Gesellschaft leiht. Damit ist der Hauptteil des Mehrwerts sozialisiert und zur produktiven Akkumulation (Kapitalanhäufung) im Interesse der Gesellschaft frei“ (Renner).

Das Kapital, das wirtschaftliche Aufgaben erfüllt, betätigt sich noch fort, das bloße zinsheuckende Kapital verschwindet nach und nach. Ehen heute wird es von den großen Kapitalkonzernen — und zwar munter recht gewaltig — verdrängt. Die bereits halbschöpflichen Zustände der Banken werden zu öffentlichen, zu gesellschaftlichen gestaltet. Die bestehenden Kartelle und Kongerne werden unter die kontrollierende Leitung des Staates gebracht, schaffen nur dort, wo Kongerne noch nicht bestehen, solche von Staats wegen. Lassen wir sie die Mehrwerte mit ihren Methoden zunächst aneignen und zusammenfassen, um sie in einem auf den Staat zu übertragen, der sie produktiv verwenden wird“ (Renner).

Die Sozialisierung erscheint bei Renner als eine tiefgreifende Organisationsarbeit, und sie hat wie jede Arbeit ihr Maß an der Zeit, sie ist nicht bloßes Dekret eines diktierten Willens, kein Schöpfungs wunder des Wortes: „Es werde — und es ward“.

Der Träger der Sozialisierung ist im wesentlichen das Proletariat, das den Staat in den Diensten der Umgestaltung der wirtschaftlichen und rechtlichen Einrichtungen zwingt, in denen sich die Sklaverei des Kapitalismus anspricht. Das Proletariat hat ein Lebensinteresse an der Gewinnung der wirtschaftlichen Funktionen, damit die Wirtschaft hemmungslos läuft und organisch weiterwächst. Zum Staat selbst, der, wie wir gesehen haben, mit seinen Einrichtungen die Wirtschaft beeinflusst, muß das Proletariat eine positive Stellung nehmen.

Die Nationalwirtschaften, so häufig sie auch heute noch gegeneinander prallen mögen, verketten sich zur Weltwirtschaft. Die Sozialisierung der staatlichen Nationalwirtschaften hat daher ihre Grenzen in den Formen und Einrichtungen des Weltmarktes. Diese Formen können nach Renner nur in den Verkehrszentren der großen Weltimperien erfasst werden. Der volle Sozialismus im Wirtschaftsleben hängt daher aufs engste mit dem Siege des Proletariats in den Vorländern des Kapitalismus zusammen.

Karl Renner betrachtet in seinem wegweisenden Buche: *Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung* im wesentlichen die sich rein auf dem Boden der Wirtschaft vollziehende Sozialisierung. Er zeigt uns nicht, in welchem Umfang dieser Sozialisierungsprozess durch politische Maßnahmen im Klassenkampf und durch Aktionen der Gewerkschaften und Genossenschaften bestimmt wird. Dadurch tritt die durch die selbsttätige Bewegung des Kapitalismus erzeugte Sozialisierung besonders deutlich hervor. Und das ist vielleicht ein besonderer Vorzug seines Buches, weil wir dadurch mit um so größerer Schärfe das Sozialisierungsproblem erfassen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Eine Konferenz für die Braunkohlen- und Kalk-Industrie fand am Sonntag, dem 19. Juli 1923, im Volkshaus, für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt, die zahlreich von Vertretern aller am Tarifvertrag beteiligten Organisationen aus allen Reichsteilen besucht war. Nach Referaten über die Lohnpolitik und die Arbeitszeit wurde die nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die Arbeiter aus dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nehmen mit Enttäufung von der jede Lohnherhöhung strikte ablehnenden Haltung der Arbeitgeber und des Reichsarbeitsministeriums Kenntnis. Die Konferenz bedauert auf das Lebhafteste, daß das Reichsarbeitsministerium seine empfindende Entscheidung lediglich auf die einseitige, von Profitinteressen bestimmte Beratung der Arbeitgeber stütze. Die Konferenz fordert von den Organisationsleitungen: unverzüglich mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln, Sorge für eine wesentliche Lohnherhöhung zu tragen. Die von den Organisationen geforderte Lohnherhöhung kann nur als das Mindeste eines Ausgleichs für die enorme Preissteigerung aller Bedarfsartikel angesehen werden. Die Konferenz stützt auf das Nachdrücklichste die Lohnpolitik der Organisationsleitungen und spricht diesen ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

Hinsichtlich der Arbeitszeit hält die Konferenz eine wesentliche Arbeitszeitüberhebung aus sozialen Gründen für dringend nötig und wirtschaftlich durchaus durchführbar und notwendig. Voraussetzung für die Durchführung einer Verkürzung der Arbeitszeit ist aber, daß alle im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter den ersten Willen zeigen, die Organisation zu stärken. Die Konferenz erteilt den Organisationsleitungen Vollmacht, in einer ihr geeignet erscheinenden Situation des bestehenden Arbeitszeitabkommens zu kündigen; sie fordert die Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf, sich sofort reiflos den Organisationen anzuschließen.

Anschließend an die Konferenz für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fand eine Konferenz für die Kalk-Industrie statt, die ebenfalls von Vertretern aller am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerorganisationen sowie Betriebsräten besucht war. Auf der Tagesordnung standen ebenfalls Lohn- und Arbeitszeitfragen. Nachstehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Die am 19. Juli in Leipzig tagende Kalkarbeiterkonferenz billigt die Haltung der Organisationsvertreter in der Lohnfrage. In Anbetracht der gesteigerten Nahrungsmittel- und Bedarfsartikelpreise erwartet die Konferenz die Kündigung des Lohnarbeitsvertrages.

Die Konferenz beauftragt die Organisationsleitungen, in der Arbeitszeitfrage die dringend notwendigen Maßnahmen zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung einzuleiten.

Die Konferenz fordert alle in der Kalk-Industrie beschäftigten Arbeiter auf, sich den Organisationen anzuschließen und deren Anweisungen strikte durchzuführen.

Papier-Industrie

Steigerung der Krankheits- und Unfallgefahren durch die verlängerte Arbeitszeit.

Bei allen Verhandlungen über die Verlängerung der Arbeitszeit haben wir sowohl dem Arbeitgeberverbände als auch den staatlichen Schlichtungsbehörden vor Augen geführt, daß durch die übermäßig lange Arbeitszeit die Krankheitsfälle vermehrt und die Unfallgefahren erhöht werden. Unsere Angaben wurden entweder glatt bestritten oder begegneten einem Lächeln.

Vor einiger Zeit haben wir eine Umfrage über die Wirkung der verlängerten Arbeitszeit in einem Teile der Betriebe veranstaltet, die mit Hilfe des Schriftführerkollegiums oder der staatlichen Schlichtungsstellen mit der zehn- bis zwölfstündigen Arbeitszeit „beglückt“ wurden. Wir geben einen Teil der Berichte wieder, die sich auf Ermittlungen unserer Vertrauensleute oder auf Unterlagen der Krankenkassen stützen:

Papierfabrik Launode: Durch die verlängerte Arbeitszeit, begünstigt durch mangelhafte technische Betriebsbedingungen, ist die Krankenzahl erheblich gestiegen. Zur Zeit sind von 70 beschäftigten Personen wiederum 10 Arbeitnehmer erkrankt und arbeitsunfähig.

Holzschleiferei Olding: Durch die Einführung der 12stündigen Arbeitszeit hat der Krankenstand um rund 20 Prozent zugenommen.

A.-G. für Maschinenpapierfabrikation in Eschschanburg: Trodem im kontinuierlichen Betriebe das Dreischichtensystem noch besteht, hat die Verlängerung der Arbeitszeit für die in einer Schicht beschäftigten Arbeitnehmer und für die Arbeiterklasse, bei der fast in drei Schichten jezt in zwei Schichten gearbeitet wird, nachteilige Folgen, besonders auf dem Gebiete der Unfallgefahren, gehabt. Während der 12stündigen Arbeitszeit im Dezember 1922 und Januar 1923 ereigneten sich 35 Betriebsunfälle. Dagegen stieg die Zahl der Unfälle unter der Einwirkung der verlängerten Arbeitszeit im gleichen Zeitraum (Dezember 1921 und Januar 1922) auf 58, hat sich also um 23 Betriebsunfälle vermehrt.

Papier- und Zellstoff-Fabrik Leinefelder in Schorbenhausen: Nach Angabe der Ortskrankenkasse waren für diesen Betrieb zu verzeichnen: vom 1. April bis 31. Dezember 1922, bei 12stündiger Arbeitszeit, 742 Krankheitsfälle; vom 1. April bis 31. Dezember 1921, bei 12stündiger Arbeitszeit, 1013 Krankheitsfälle; also unter Berücksichtigung der verminderten Arbeiterzahl eine recht erhebliche Steigerung der Krankheitsfälle.

Simonsische Zellulosefabrik Gockendorf: Die Verlängerung der Arbeitszeit hat auch hier recht ungünstig auf den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft eingewirkt, wie aus nach-

* Verlag J. H. W. Neff, Berlin, Genslerstr. 8.

Legender Zusammenstellung hervorgeht: Januar 1924 (Dreischichten-System) 991 Krankheitsstage, 3 Unfälle; Januar 1925 (Zweischichten-System) 432 Krankheitsstage, 4 Unfälle.

Wagliner Papierfabrik: Durch die Einführung des Zweischichtensystems ist der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft im allgemeinen schlechter geworden. In der Papierfabrik Rathabammh ereigneten sich im letzten Quartal 1924 zwei Unfälle mit Todesfolge. Ein weiterer Unfall wurde im Februar 1925 gemeldet.

Zellstoff-Fabrik Waldhof (Lilja): Bei einer Belegschaftsstärke zwischen 2000 bis 2100 Personen erkrankten unter dem Dreischichtensystem innerhalb 7 Monaten, von Juni bis Dezember 1923, insgesamt 298 oder im Monatsdurchschnitt 42,6 Personen, dagegen erkrankten in den ersten 7 Monaten des Jahres 1924 beim Zweischichtensystem und bei einer Belegschaftsstärke von nur 1750 bis 1850 Personen zusammen 700 Arbeitnehmer oder im Monatsdurchschnitt 100. Seit der Einführung des Zweischichtensystems ist also die Zahl der Erkrankten im Monatsdurchschnitt von 42,6 auf 100 gestiegen. Während im Januar 1923 54 ständige Arbeitszeit und höherer Belegschaftsstärke nur 48 Arbeitnehmer erkrankten, betrug die Zahl der Erkrankten im Januar 1925 unter der Einwirkung des Zweischichtensystems 142 Personen.

Rohpappfabrik Worms: Im Januar 1924 unter der ständigen Arbeitszeit waren 11,11 Prozent der Beschäftigten, dagegen im Januar 1925 unter der verlängerten Arbeitszeit 12,77 Prozent aller beschäftigten Arbeitnehmer erkrankt.

Zellstoff-Fabrik Königsberg, Werk Sachheim: Im Werk Sachheim betrug der Belegschaftsstand im Jahre 1923 beim Dreischichtensystem 1450 bis 1500 Personen. Davon waren im Monatsdurchschnitt 40 bis 50 Erkrankungen zu verzeichnen, was einem Prozentsatz von 2,8 Erkrankten auf die Belegschaftszahl ent-

spricht. Im Januar 1925 erkrankten unter dem Einfluss des Zweischichtensystems in diesem Werke 573 Personen oder im Monatsdurchschnitt 81 Erkrankte. Da die Belegschaft Anfang Februar 1925 nur noch 1213 Personen betrug, waren im Januar 1925 6,8 Prozent aller Beschäftigten erkrankt. Die Zahl der Erkrankten ist also seit der Einführung des Zweischichtensystems um 100 Prozent gestiegen.

Während im Jahre 1923 unter der Einwirkung des Dreischichtensystems nur 7-10 Prozent der Erkrankungen auf Unfälle zurückzuführen waren, betragen im Jahre 1924, infolge des Zweischichtensystems die Unfälle 40 bis 50 Prozent aller Erkrankungen. Die Erkrankungen unter dem Zweischichtensystem sind fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter zwei Wochen in der Kucherei und eine Woche in der Holzpuherlei beschäftigt werden. Der durch diese wechselnde Beschäftigung bedingte Temperaturwechsel fördert die Erkrankungsziffern. Auf dieselben Ursachen sind auch die so ungeheuer gestiegenen Unfälle zurückzuführen. So ereigneten sich z. B. an einem Tag 9 Unfälle, davon 6 durch Verbrennungen und 3 in der Holzpuherlei.

Zellstoff-Fabrik Königsberg, Werk Cofse: Im Dezember 1923 unter dem Dreischichtensystem betrug die Belegschaftsstärke 1158 Personen. Davon waren 21 erkrankt oder auf die Belegschaftsstärke umgerechnet 1,9 Prozent.

Im Januar 1925 waren noch 856 Personen in diesem Werke beschäftigt, wovon 53 erkrankten. Der Prozentsatz der Erkrankten auf die Belegschaftszahl umgerechnet stieg von 1,9 im Dezember 1923 beim Dreischichtensystem auf 6,1 im Januar 1925 beim Zweischichtensystem.

Während sich im Dezember 1923 beim Dreischichtensystem nur 7 Unfälle ereigneten, stieg die Zahl der Unfälle auf 11 im Januar 1925 beim Zweischichtensystem.

Papierfabrik Reisholz, Werk Lensen: Nach einem Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Lensen erkrankten in der Papierfabrik Reisholz in der Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. Mai 1924 (Dreischichtensystem) an:

Table with 2 columns: Krankheitsfälle, Anzahl. Rows: Erkältungen (34 Personen mit 1000 Krankentagen), Unfall (22, 538), Sonstigen Erkrankungen (61, 1735).

Erkrankungen insgesamt: 117 Personen mit 3273 Krankentagen. Es erkrankten während der Zeit vom 2. Mai bis 31. Dezember 1924 (Zweischichtensystem) an:

Table with 2 columns: Krankheitsfälle, Anzahl. Rows: Erkältungen (26 Personen mit 781 Krankentagen), Unfall (26, 441), Sonstigen Erkrankungen (42, 1507).

Erkrankungen insgesamt: 94 Personen mit 2729 Krankentagen. Während des Dreischichtensystems betrug der Monatsdurchschnitt an Krankheitsfällen 9,75 mit 272,75 Krankheitsstagen und stieg nach der Einführung des Zweischichtensystems auf 11,75 Krankheitsfälle mit 341,11 Krankentagen im Monatsdurchschnitt. Dasselbe Bild ergibt sich auch bei den Unfällen. Von 1,83 Unfällen mit 44,83 Krankentagen im Monatsdurchschnitt, während des Dreischichtensystems stieg mit der Einführung des Zweischichtensystems die Unfallziffer im Monatsdurchschnitt auf 3,25 Unfälle mit 55,12 Krankheitsstagen.

Die Wirkung des Zweischichtensystems wird noch schärfer, wenn Krankheitsfälle und Unfälle auf Grund der Belegschaftszahlen berechnet werden. In der Zeit vom 1. Mai 1923 bis 1. April 1924 waren in diesem Betriebe im Monatsdurchschnitt 250 Arbeitnehmer in ständiger Arbeitszeit beschäftigt. Während in dieser Zeit nur 3,1 Prozent der Belegschaft erkrankten und nur 0,7 Prozent von Unfällen betroffen wurden, stiegen diese Zahlen mit der Einführung des Zweischichtensystems in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1924 bei einer durchschnittlichen Belegschaftszahl von 191 Personen im Monat auf 6,1 Prozent Erkrankte und 1,6 Prozent Unfallverletzte. Die Zahl der Erkrankten und Unfallverletzten hat sich also seit der Einführung des Zweischichtensystems um 100 Prozent erhöht.

Zellstoff-Fabrik Ragait: Am treffendsten kommen die Gesundheitsgefahren der verlängerten Arbeitszeit in nachstehender Zusammenstellung zum Ausdruck:

Zahl der Krankheits- und Unfallfälle in der Zellstoff-Fabrik Ragait in den Jahren 1923 (8stündige Arbeitszeit) und 1924 (10- resp. 12stündige Arbeitszeit):

Table with 7 columns: Monat, Stärke der Belegschaft, Zahl der Krankheitsfälle, Zahl der Unfälle, Stärke der Belegschaft, Zahl der Krankheitsfälle, Zahl der Unfälle. Rows for months Jan to Dec 1923 and 1924.

Prozentsatz der arbeitsunfähig Kranken zur Belegschaft im Jahre 1923: 4,47 Prozent.

Prozentsatz der arbeitsunfähig Kranken zur Belegschaft im Jahre 1924: 7,35 Prozent.

Prozentsatz der Unfall-Verletzten zur Belegschaft im Jahre 1923: 0,64 Prozent.

Prozentsatz der Unfall-Verletzten zur Belegschaft im Jahre 1924: 1,23 Prozent.

Übersicht über das Verhältnis der Zahl der Arbeitsunfähigen zur Mitgliedschaft der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Tüft-Ragait im Jahre 1924:

Table with 6 columns: Monat, Zahl der Versicherten insgesamt, Zahl der Arbeitsunfähigen, Davon Zahl der Versicherten, Davon Zahl der Unfälle, In anderen Betrieben Versicherte. Rows for months Jan to Dec.

Prozentsatz der Arbeitsunfähigen der Zellstoff-Fabrik zur Zahl der Versicherten: 7,3 Prozent.

Prozentsatz der Unfallverletzten der Zellstoff-Fabrik zur Zahl der Versicherten: 1,23 Prozent.

Prozentsatz der Arbeitsunfähigen anderer Betriebe zur Zahl der Versicherten: 2,9 Prozent.

Advertisement: Wird die Zollvorlage Gesetz, so steigt der Preis von Butter... um mehr als 7%, Margarine... 19%, Schweineschmalz... 7%, Gemüse... 20%, Zucker... 15%.

Die Echtheit dieser Statistik, die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Ragait-Tüft stammt, werden die Unternehmer nicht zu bezweifeln wagen. Sie bestätigt übrigens auch nur die vorhergehenden Angaben, daß durch die Einführung der verlängerten Arbeitszeit und besonders des Zweischichtensystems die Krankheits- und Unfallgefahren ganz gewaltig emporgeschwellt sind. Bemerkenswert an dieser Statistik aber ist, daß die Zahl der arbeitsunfähig Erkrankten in der Zellstoff-Fabrik Ragait, prozentual berechnet, rund 2 1/2 mal so hoch ist als in den übrigen der Allgemeinen Ortskrankenkasse angeschlossenen Betriebe, trotzdem auch in diesen Betrieben die Arbeitszeit durch Schiedspruch verlängert wurde. Durch diese Tatsache ist weder die schädliche Wirkung des Zweischichtensystems, noch sind die außerordentlich hohen Gesundheitsgefahren in der Papiererzeugungs-Industrie wegzuleugnen.

Trotzdem nachgewiesen ist, daß durch die Verlängerung der Arbeitszeit und besonders durch die Einführung des Zweischichtensystems mit dem besten Gute der deutschen Nation, mit der Arbeitssicherheit, Schindluder getrieben wird, trotzdem nachgewiesen ist, daß durch die verlängerte Arbeitszeit der Profit- und Geldgier eines ausbeutungswilligen Unternehmers rücksichtslos die Knochen der Arbeiter und deren Gesundheit geopfert wird, finden sich staatliche Schlichtungsinstanzen und staatliche Schlichter bereit, gemeinsam mit den Unternehmern den Tanz um das goldene Kalb aufzuführen und der Papier- und Zellstoffarbeiterchaft die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit „kraft Gesetzes“ aufzuzwingen.

Diese Schindladerlei mit der Arbeitskraft der deutschen Papierarbeiter wird so lange anhalten, bis auch diese Arbeiter sich bewußt wird, daß auch in der Arbeitszeitfrage das Heil nur in der gewerkschaftlichen Selbsthilfe im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands zu finden ist. G. Stähler.

Industrie der Steine und Erden

Schwarze Listen in der Betonwaren-Industrie

Ein Beweis dafür, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Unternehmer verfassungsmäßig gewährleistete Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen treten, liefert uns die Weltfirma Dyckerhoff u. Widmann, A.-G., Fabrikbetrieb Kosselbaude. Vor uns liegt ein gedrucktes Formular folgenden Inhaltes:

Formular for Dyckerhoff u. Widmann, A.-G. with fields for name, address, and employment details.

Die zu Gegenständen gern bereitete Firma Dyckerhoff u. Widmann, A.-G., produziert in der Hauptsache Beton- und Erdenanlagen, zum Gebrauch von Oberlandzentralen, Zementrohre zu Kanalisationszwecken, Betonpfeiler für Reichsbahn- und Straßenanlagen, Kabelrohre für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung bzw. Elektrizitätswerke, Schleifsteine für Holzschleifereien, Fassadensteine u. dergl. mehr.

Ans der Produktionsart ist zu ersehen, daß sich die Firma hauptsächlich um Aufträge bewirbt für Reich, Länder und Kommunen, d. h. Körperschaften, deren Aufgabe es sein mußte, darauf zu achten, daß die in der Verfassung niedergelegten Rechte und Pflichten gewährleistet und zur Durchführung gebracht werden. Die Firma hat sich bei diesen Körperschaften nicht ohne Erfolg bemüht, Aufträge zu erhalten. Die Staats-

bürger wären also gut genug, durch ihre Steuern der Firma Verdienst zu schaffen. Andererseits aber versucht diese Firma, ebenfalls mit Erfolg, die Rechte des Staatsbürgers zu beschneiden, indem fast jeder Betriebsratsvorsitzende, der es sich zur Aufgabe macht, die beschiedenen gesetzmäßigen Rechte seiner Kollegen zu vertreten, von der Firma solange schikaniert wird, bis er es vorzieht, dem Betrieb den Rücken zu kehren. Damit soll es aber, wie wir jetzt wissen, sein Bewenden nicht haben, denn die zu Gegenständen gern bereitete Firma will ihren Betrieb von jedem „lästigen Agitator“ fernhalten. Sehr lieb sind ihr Leute, die sich für bürgerliche Sportvereine interessieren.

Der Artikel 118 der Reichsverfassung besagt: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der All-gemeingeetze seine Meinung durch Wort, Schrift usw. oder in sonstiger Weise zu äußern. In diesem Rechte darf ihm kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.“

Der Artikel 159 der Reichsverfassung heißt: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Wir wissen, daß in der Republik Deutschland die Arbeit-geber in aller Öffentlichkeit Maßnahmen treffen können, die gegen die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Arbeit-nehmer verstoßen, und wird sich auch in diesem Falle kein Staatsanwalt finden, der gegen die verfassungswidrigen Anschläge einschreitet.

Wir wollen mit der Veröffentlichung dieser Zeilen bezwecken, daß unsere Kolleginnen und Kollegen daraus die für sie notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Der beste Kampf gegen das Schwarze-Listen-System ist ein geschlossenes Zusammenstehen in unserer Organisation. Ferner wenden wir uns mit dem Ersuchen an unsere Kollegenschaft, nicht Duck-mäusererei oder schamhaftes Zurückstellen ihrer gerechten Forderungen obwalten zu lassen, sondern jeden Versuch, einen Arbeiter gegen den anderen auszuspielen, mit der erforderlichen Energie zurückzuweisen.

Wenn auch die Firma Dyckerhoff u. Widmann mit diesen schwarzen Listen auf längere Zeit eingedeckt und 3000 Exemplare davon bestellt hat, so wird unsere Organisation alles daran setzen, daß der Firma dieses Handwerk nicht leicht gemacht wird. Wir rufen daher der Kollegenschaft zu, auch weiterhin, wie bisher, geschlossen zur Organisation zu halten, und diese wird dafür sorgen, daß trotz schwarzer Listen die Räume des Unternehmers nicht in den Himmel wachsen. Max Jung.

Gewerkschaftliche Nachrichten

Glasarbeiterverband und Baugewerksbund - kein Zusammenschluß

Der Anschluß an den Baugewerksbund kommt nicht mehr in Frage. In diesem Refatkat kommt der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Emil Olerbig, in einem Artikel im Verbandsorgan „Der Fachgenosse“ Nr. 29, vom 18. Juli 1925.

Bekanntlich hat der im Juni 1924 in Radeberg tagende Verbandstag der Glasarbeiter sich für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband ausgesprochen, doch sollten vorerst noch mit dem Porzellanarbeiterverband und auch mit dem Baugewerksbund Verhandlungen gepflogen werden. Eine Beiratskonferenz der Glasarbeiter lehnte den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband ab und beantragte den Verbandsvorstand, mit dem Baugewerksbund in Verhandlungen zu treten. Der Verbandstag des Baugewerksbundes stimmte der Aufnahme des Glasarbeiterverbandes zu. Eine Urabstimmung der Glasarbeiter entschied sich mit 28150 gegen 7673 Stimmen für den Anschluß an den Baugewerksbund. Am 18. Juni d. J. verhandelten drei Vorstandsmitglieder des Glasarbeiterverbandes mit dem Vorstand des Baugewerksbundes über die Formalitäten des Anschlusses. Die schon genannte Nummer des „Fachgenossen“ berichtet hierüber:

In dieser Konferenz erklärte uns nur der Verbandsvorstand des Baugewerksbundes, daß die vom Gewerkschaftskongress in Leipzig eingesetzte Kommission zur Schaffung von Industrie-verbänden in 37 Sitzungen ihre Arbeiten in den letzten Tagen abgeschlossen habe und nun unter anderem ein Antrag Dörmann vorliege, nach dem die Organisationsform eine völlig andere würde. Nach diesem Antrage würden nur 15 Industrieorganisa-tionen bestehen, und es sei zu erwarten, daß der Gewerkschaftskongress dementsprechend beschließen würde. Wird ein solcher Beschluß gefaßt, dann besteht die Gefahr, daß der Anschluß der Glasarbeiter an den Baugewerksbund aufgehoben wird, denn der Antrag Dörmann besagt unter Nr. 5, daß ein Industrie-verband für Steine, Glas- und Keram-Industrie zu schaffen sei. Der Verbandsvorstand des Baugewerksbundes machte aus seiner Auffassung kein Hehl und erklärte uns, daß unter diesen Umständen der Anschluß an den Baugewerksbund nicht mehr in Frage kommen könne. Mit aller Entschiedenheit wurde von uns die Tatsache verstanden, daß die eingesetzte Kommission zur Schaffung von Industrieverbänden mit ihrem Beschluß erst in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit getreten sei, während die Urabstimmung bei uns bereits seit Monaten zurückliege und unsere Mitglieder bestimmt haben, daß der Anschluß an den Baugewerksbund zu erfolgen habe. Der Vorstand des Baugewerksbundes blieb bei seiner Auffassung und erklärte weiter, daß der Anschluß für den Baugewerksbund nach einer evtl. Annahme des Antrags Dörmann nicht mehr in Frage kommen könne.

Auch der DGB hat für den Gewerkschaftskongress in Breslau einen Plan zur Schaffung von Industrieverbänden vorgelegt. Auch dieser Plan sieht die Schaffung eines Keramarbeiterverbandes vor. Wir haben also mit der Tatsache zu rechnen, daß der Gewerkschaftskongress in Breslau entweder den Plan des Genossen Dörmann oder den des DGB annimmt. In beiden Fällen sind wir gezwungen, dem Keramarbeiterverband das Wort zu reden, denn mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Breslau kann der Anschluß an den Baugewerksbund nicht vollzogen werden. Wir haben darauf mit dem Kollegen Dörmann in der Bundesrats-sitzung am 3. Juli Rücksprache genommen und ihn dafür zu gewinnen versucht, seinen Plan dahin zu ändern, daß die Gruppen IV (Industrieverband für das Baugewerbe) mit V

Industrieverband für Steine, Glas- und Keramik-Industrie) zu-
kommen gezogen werden möchten. Dismann interessierte sich dafür,
versprach, in diesem Sinne zu wirken, und in einer engeren
Kommunikation trat Dismann für die Zusammenlegung ein.

So steht im Augenblick die Verschmelzungsfrage. Nichts
Bestimmtes, nichts Feststehendes können wir heute feststellen.
Nur das sprechen wir aus: der Anschluß an den
Baugewerksbund kommt nicht mehr in
Frage.

Man möchte den vorläufigen Abschluß dieser Ver-
schmelzungsangelegenheit beinahe einen tragikomischen
nennen. Es ist aber im Interesse aller Verbände erwünscht,
einen zweiten Fall dieser Art nicht verzeichnen zu müssen.

Ein Gewerkschaftsstrategie.

Mitte Juli fand der 10. Parteitag der KPD. statt. Tag-
täglich hat die kommunistische Presse hierüber „Bulletin“ ver-
öffentlicht. Bulletin heißt auf deutsch: täglicher Bericht
der Ärzte über den Gesundheitszustand des
Patienten. Der Ausdruck ist also zweifellos gut gewählt.

Nach dem „Bulletin“ der „Roten Fahne“ vom 21. Juli
1925 hat Thälmann über die Gewerkschaftsfrage geredet, und
deshalb nehmen wir ihn einen Augenblick beim Wackel. Er
brachte den Beschluß in Erinnerung, aus den Gewerk-
schaften auszukreten und neue Gewerk-
schaften zu gründen. Das kam dann in der
Gründung der Allgemeinen Arbeiter-Union
zum Ausdruck. Er erinnert dann weiter an den Beschluß
zu in die Gewerkschaften, weil sich aus
den Gewerkschaften als falsch erwiesen hat, und geht
auf die Liquidierung dieser selbständigen kommunistischen Ge-
werkschaften ein, wobei er den wunderbaren Satz prägte:
„Was ihre Liquidierung anlangt, so haben
wir in den letzten Monaten ungeheure Fort-
schritte zu verzeichnen.“

Das sind also Fortschritte, wenn z. B. der Industrieverband
der Chemie zugrunde geht, weil seine Mitglieder in alle Winde
gestreut sind, unorganisiert, verblüfft und verärgert über den
an ihnen begangenen Betrug. Die Parole Moskau, Liquidie-
rung der kommunistischen Gewerkschaften, wird erfüllt, Ge-
werkschaften und Arbeiterchaft haben schweren Schaden ge-
litten. Jene, die Zerstückelungsarbeit im Auftrage Moskaus
geleistet haben, werden in absehbarer Zeit von ihrem Schicksal
erleiden, und sie können dann mit den Spartanern ausruhen:
Wandeter, kommst du nach Moskau, verkündige dorten, du
habe dich hier gegen Geseh, wie das Geseh es befohl.

Einheitsverband der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft
deutscher Eisenbahner haben am 27. Juni in Köln den Zu-
sammenbruch zu einer Einheitsorganisation unter dem Namen
„Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“ vollzogen. Zum
ersten Male haben sich damit Arbeiter und Beamte zum Kampfe
um ihre soziale Besserstellung vereinigt. Der Zusammenschluß ist
zu so bedeutender in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung,
als den Reichsbahnpersonal. Arbeiter wie Beamten, in der
Deutschen Reichsbahngesellschaft der größte und mächtigste Arbeit-
geber der Welt gegenübersteht. Inländische und ausländische Kapital-
isten sitzen in Verwaltungsrat der Reichsbahn und bestimmen dort
das Los des Reichsbahnpersonals. Einer solchen Lage gegenüber
kann nur eine mächtige Organisation die Sache der Arbeiter
wahren. — Der Zusammenschluß wird schließlich noch dadurch in
seiner Bedeutung erhöht, als die Schaffung von Kartellverträgen
vorgesehen ist, die besonders den Organisationen des Verkehrs-
gewerks eine stärkere Handlungsfähigkeit verleihen wird.

Frauenfragen.

Schutz für schwangere Arbeiterinnen.

Der preussische Handelsminister macht die Gewerbeaufsicht-
behörden und insbesondere die Gewerkschaften auf die
Schwierigkeiten aufmerksam, die schwangere Arbeiterinnen
unter der Einwirkung von Hitze, Dämpfen und Geräuschen in
den Arbeitsräumen auslösen können und fordert Schaffung
von Schutzmaßnahmen, Einstellung von Frauenärzten und ärzt-
licher Sprechstunden für Schwangere sowie freizügig ein-
gesetzte Räume mit bequemen Liegegelegenheiten. Auch die
Einrichtung guter Kantinen und die Bereitstellung von Speisen
und Getränken sowie von geeigneten Medikamenten wird
angelegentlich empfohlen für Betriebe die weibliche Arbeit-
nehmer beschäftigen.

Wirtschaftliches.

Die lohnrechtlichen Bedürfnisse Arbeiter.

Nach einer Statistik von Professor Dr. Paul Herrnberg
über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Pre-
sionen der Löhne von 1914 waren Ende 1924 die Nominal-
löhne gestiegen:

In Deutschland	122 Prozent
In Italien	150 Prozent
In Frankreich	132 Prozent
In England	200 Prozent
In der Schweiz	206 Prozent
In Schweden	223 Prozent
In Holland	235 Prozent
In Vereinigten Staaten	auf 232 Prozent

Höhe Löhne können dem künftigen Fortschritt.

Der Jahresverdienst des amerikanischen Arbeiters ist rund
dreimal so hoch wie der des deutschen Arbeiters. Dabei lebt
der amerikanische Arbeiter nicht, wie von anderer Seite be-
hauptet worden ist, doppelt so teuer, sondern die Kosten der
Lebenshaltung in Amerika sind nur etwa 2/3 höher als in
Deutschland, der amerikanische Reallohn ist also rund 2-fach
so hoch wie in Deutschland.

Diese im Vergleich mit Deutschland außerordentlich hohen
Löhne Amerikas erklären sich also nur zu einem geringen
Teile durch die höheren Kosten der Lebenshaltung. Der
Wohlfried kommt hauptsächlich der Arbeiterchaft zugute. Er
erweist sich aber auch als Gegen für den Unternehmer, da er
die Konkurrenz der Waren fördert und die Leistungsfähigkeit
des Arbeiters erhöht. Der Generaldirektor der Siemens-

Schuckert-Werke, Kößgen, verschleift sich diesen Vorteilen
hoher Löhne keineswegs. Als stellvertretender Vorsitzender
des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit erkennt er ins-
besondere, daß hohe Löhne die Vorbedingung technischer
Fortschritte sind. Es liegt an der Hand, daß
Amerika bezüglich der Einführung maschi-
neller Arbeit im Vorteil ist; die dreieinhalb-
fachen Löhne (für gute Facharbeiter noch
höhere) beinhalten zweifachen Maschinenpreisen
sind schneller herausgewirkt als bei
uns.

Vorläufiges Ergebnis der Volkszählung.

Nachstehende Zusammenstellung gibt eine Übersicht über die Zahl
der Einwohner insgesamt und nach Geschlecht getrennt auf dem
heutigen Gebiet Deutschlands (jedoch ohne Saargebiet). In Ver-
gleich gestellt sind die Ergebnisse der Volkszählungen vom 8. Ok-
tober 1919 und 1. Dezember 1910.

	Einwohner insgesamt	Davon		Zunahme in Prozent seit letzter Zählung
		männlich	weiblich	
1925	82 468 782	30 168 033	32 300 729	5,6
1919	59 178 185	23 171 930	31 006 205	2,4
1910	57 798 369	26 489 817	29 308 552	—

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht hat durch
den Weltkrieg wesentliche Verschiebungen erfahren. Während 1910
auf 1000 weibliche Einwohner kamen, wurden 1919
auf 1000 männliche 1101 weibliche Einwohner gezählt. Nach der
neuen Volkszählung beträgt das Verhältnis 1000 zu 1074. Der
Frauenüberschuß ist also immer recht stark, die Zählung läßt
aber doch schon eine gewisse Rückbildung des durch den Weltkrieg
verursachten ungewöhnlich hohen Frauenüberschusses erkennen. Die
Zunahme des männlichen Bevölkerungsanteils wird wohl in der
Hauptache auf das Überwiegen der männlichen Geburten zurückzu-
führen sein, aber es werden doch noch viele Jahre vergehen, bis die
Lücken, die durch den Soldatentod von zwei Millionen, im besten
Mannesalter stehenden Männern gerissen wurden, wieder ge-
schlossen sind.

**Nimmt der Reichstag die Zollvorlage an,
so verteuert sich**

Rindfleisch . . . um mehr als 20 %
Hammelfleisch „ „ „ 22 %
Schweinefleisch „ „ „ 25 %

Nieder mit dem gesundheitschädlichen Zoll!

Rundschau.

Soll der Gewerkschafter sparen und wo soll er sparen?

Allenhalten im Lande macht sich eine lebhaft propagandä-
rische Bewegung der kommunalen und privaten Sparkassen zur
Wiederbelebung des Spartriebes bemerkbar. Anscheinend ist es
der alljährlichen Werbezeitung gelungen, auch wieder eine größere
Anzahl von Sparern zu gewinnen. Angesichts dieser Sachlage
erhebt sich für den Gewerkschafter die Frage, ob und wo er sparen
soll. Es ist allgemein bekannt, in wie erheblichem Maße vor dem
Krieg der Spargeber als Kapital der deutschen Wirtschaft zur Ver-
fügung gestanden haben. Man darf die Summe der Sparrücklagen,
die zweifellos zum allergrößten Teil auf Beiträgen der Arbeit-
nehmerschaft beruhen, auf etwa 20 Milliarden Mark veranschlagen.
Das ist eine auch für damalige Verhältnisse ganz bedeutende Summe,
die zeigt, welche Macht auch im kapitalistischen Sinne der ge-
schlossenen Arbeitnehmerschaft innewohnt.

Genügt das heute die Lohn- und Gehaltsverhältnisse in der
weitaus größten Mehrheit der Fälle nicht so, daß es leicht wäre,
noch Sparpläne zu machen. Und doch wird jeder vorzügliche
Arbeitnehmer daran denken müssen, irgendeine für besondere Aus-
gaben und darüber hinaus nach Möglichkeit für die Zeit der nicht
mehr vorhandenen oder doch geminderten Arbeitsfähigkeit einen
Reservefonds anzulegen. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind auch
bereits wieder dazu übergegangen, zu sparen. Wenn wir uns aber
vor Augen halten, welchen relativ bedauerlichen Faktor die Spar-
geber der Arbeitnehmerschaft für das deutsche Wirtschaftleben
spielen können, so ergibt sich für uns automatisch die Folgerung,
daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden muß, daß diese
Spargeber auch auf solchen Stellen gesammelt werden, die die Ge-
währ dafür bieten, daß ihre Verwendung in einem Sinne erfolgt,
die den Interessen der Arbeitnehmerschaft entspricht.

Wir sind heute so weit, daß wir ein eigenes leistungsfähiges
Finanzinstitut in der Hand der Arbeiter, Angestellten und Beamten
A. S. zur Verfügung haben. Freilich mangelt es unserer Bank
noch an einem r 2 ausreichenden Filialnetz, das sicherlich für alle
unsere Bedürfnisse, insbesondere auch für die Sparfähigkeit sehr
wünschenswert wäre.

Indessen hat die Bank es sich angelegen sein lassen, einen Plan
entworfen, wie auch bereits jetzt, ehe noch das Filialnetz ausgebaut
ist, ein Sparverehr über das ganze Reichsgebiet aufgedacht werden
kann. Gewisse Vorschläge darüber sind dem Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbund und durch seine Vermittlung den Vorständen
der einzelnen Verbände zugestellt worden. Darin sind insbesondere
drei Arten des Sparverehrs entworfen, nämlich der Einzelsparverehr
unmittelbar mit der Bank, dann der Einzelsparverehr durch Ver-
mittlung von Vertrauensleuten des A. S. bzw. der Gewerk-
schaften und endlich der Sparrücklagenverehr. Die Vorstände der
Verbände haben es übernommen, diese Vorschläge genau durchzu-
prüfen und sich in Kürze darüber ein Urteil zu bilden, ob und in
welcher Form für den Bereich ihres Verbandes die Arbeit praktisch
angewandt werden kann.

Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern, sich dieser
Frage recht nachdrücklich anzunehmen zu wollen und dafür zu sorgen,
daß im weitesten Umfange die Verbände ihre Mitwirkung der Ein-
richtung dieses Sparverehrs sichern, damit eine weitere Grundlage
für die Zusammenfassung der starken wirtschaftlichen Kräfte der
Arbeitnehmerschaft geschaffen wird. Wir alle müssen uns auf den
Standpunkt stellen, daß unser Geld nur unserer Bank zur Ver-
fügung gestellt werden kann, die die Gewähr dafür gibt, daß es
auch im Sinne unserer Ziele Verwendung findet.

Zurück zur Gesundheitsfrage.

Die am 1. Juli 1925 erfolgte Wahl vieler landwirtschaftlicher
Arbeitgeber gab der deutschen landwirtschaftlichen Landtags-
abgeordnete Sammlung in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses
am 7. Juli mit folgenden beweglichen Worten Ausdruck:
„Es ist deshalb auch notwendig, daß wir wieder wie vor dem
Krieg eine Gesundheitsfrage bekommen, daß nicht den Landwirten
ihre Gesundheit, wenn der Winter herum ist, vor der Generalkon-
ferenz in ein Koffge von mir hat gefügt, in keinem kleinen
Ortchen kein ein Koffge einfach nur der Generalkonferenz
und zum Winterwerk übergegangen. (Abg. Roth: So ist's der
Industrie auch gegangen!) Herr Kollege Roth, bei der Industrie wirkt
das nicht so sehr, wenn da eine zeha weggegangen sind, spielt

das bei einigen hundert Arbeitern diese Rolle nicht, wie wenn
einem Kleinbauern ein Anecht wegläuft. Das ist ein ganz anderer
Fall. Deshalb ist es notwendig, daß da wieder ein Riegel vor-
geschoben wird. Diejenigen, die vor dem Krieg Gefesse gemacht
haben, haben auch gemäß gewußt, warum. Aber nach der Revo-
lution sind derartige Einrichtungen aufgehoben worden, vielleicht
deshalb, weil man gemeint hat, die Leute werden Engel.“

Sklaverei, Leibeigenschaft, Hörigkeit. O alte Junkerherrlich-
keit, wohin bist du verschwunden! Oder sollte Herr Hornung nur
Witze gemacht haben?

Akademie der Arbeit.

Der vierte Lehrgang der Akademie der Arbeit ist nach neun-
monatiger Dauer am 27. Juni d. J. zu Ende gegangen. Er war
von 53 Hörern — 48 Männern und fünf Frauen — aus ganz
Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Übungen und Arbeits-
gemeinschaften umfaßten insgesamt 888 Stunden; davon entfielen
auf allgemeine und Einführungsverlesungen 120, auf Vorlesungen
über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und
Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik
181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Exkursionen und von
Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und
Anstalten.

Der fünfte Lehrgang wird am 1. Oktober beginnen und bis
zum 30. Juni 1926 dauern. Die Hörgelgebühr beträgt 100 Mark.
Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis
1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität
Frankfurt a. M., Zimmer 68, zu richten.

Literarisches.

Paul Jech: Die Geschichte einer armen Johanna. . . .
Organisation, die es den arbeitenden Menschen ermöglicht, für
wenig Geld sich gute Bücher zu erwerben, ist der „Bücherkreis“.
Gegen 1 Mk. Monatsbeitrag (zur Zahlungserleichterung werden
Marken zu 50 Pf. ausgeben) erhält jedes Mitglied jährlich
vier hochwertige, gebundene oder ungegebundene Bücher und monatlich eine
reich illustrierte, literarisch-künstlerische Monatschrift. Die Ge-
schichte einer armen Johanna ist ein Buch, aus dem eine feltene
Gestaltungskraft spricht. Das Schicksal einer armen Näherin zieht
an uns vorüber. Von einer Dachstube aus, fünf Treppen hoch, mit
Blick über rauchende Dächer, Türme und Fabriken geht sie ihren
Weg hinein in das Gewoge der Stadt. Wie die arme Johanna aus
Unbewußtem heraus nach Lockendem greift, wie Lebens- und
Erlebnisahnung ihren Weg bestimmt, wie aus einem alltäglichen
Ereignis ihr Schicksal geboren wird. Ihren Weg zu Freude und
Luft erleben wir und schauen die tiefen Tiefen ihrer Seele. Und
dann beginnt ihr Leidensweg mit einer zerbrochenen, geschändeten
Mutterchaft. Wollt ihr dies Buch lesen und besitzen? — Es gibt
einen einfachen Weg zu diesem Ziel. Werdet Mitglieder im Bücher-
kreis! Wendet euch wegen Aufnahme an die Hauptgeschäftsstelle
„Der Bücherkreis“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, oder an die ört-
liche Zahlstelle, wo eine solche besteht.

Arbeitsrecht. Sammlung der reichsgesetzlichen Vorschriften zum
Arbeitsvertrag. Textausgabe mit Sachregister. Herausgegeben von
Dr. S. Hoening, Professor der Rechte in Freiburg i. Br., und
Dr. rer. pol. et. Dr. jur. E. Wehrle, hauptamtlicher Dozent für
Volkswirtschaftslehre an der Handelshochschule Nürnberg. Nebst
einer einleitenden Abhandlung über die Grundformen des Arbeits-
vertrages von Professor Dr. S. Hoening (Freiburg). 6. Auflage.
J. Bensheimer, Mannheim, Berlin und Leipzig. In Ganzleinan
6 Mark.

Alte und neue Balladen. Zur Laute gesungen von Ernst Mellich.
24 Seiten, 1925, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-
Alliance-Platz 8. Das im Arbeiterjugend-Verlag neu erschienene
Lautenbüchlein, das schon äußerlich durch seine geschmackvolle Auf-
machung auffällt, ist ein Werkchen ernstlichen Wollens. Die Lieder sind
für Gesang mit Begleitung von einer oder zwei Lauten, zum Teil
auch mit Orgel, geeignet, und eignen sich sehr gut als Haus- und
Gruppenmusik. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Balladen von Uhländ
„Der Traum“, „Das Schloß am Meer“, „Der treue Walter“, von
Koppich „Der Rök“, aus dem Dänischen „Erkennst du Lachter“. Be-
sonders gut erzählt ist der „Erkennst du Lachter“ (Goethe-Melodie von
Reichardt), dessen Gesangsstil abwechselnd vom vierstimmigen Chor
und von verschiedenen Einzelsimmen ausgeführt wird.

Jugendtag! Chorwerk von Bruno Schönauk. Preis 0,50 Mk.,
24 Seiten, Aufführungsrecht bei Abnahme von 20 Exemplaren,
Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8.

In der Wende des Zeitalters. Von Dr. Viktor Engel-
hardt. Individualistische oder sozialistische Kultur? Arbeiter-
jugend-Verlag, Berlin SW 61, 160 Seiten, kart., 1,60 Mk., in
Ganzleinan 2,50 Mk. — Der Verfasser, dem wir, neben einer Reihe
von kulturphilosophischen Büchern, vor allem vielgelesene Schriften
über die Probleme der Jugendbewegung verdanken, spricht in
diesem, den Jungsozialisten gewidmeten Werk in fesselnder
Weise über die gesamte Lage unserer heutigen Kultur und über die
aus solcher Lage erwachsenden Aufgaben. Eine genaue und lehr-
reiche geschichtliche Betrachtung offenbart den „Individualismus“
als Sinn der vorfindenden Epoche, die Spannung zwischen Indi-
viduum und Gemeinschaft“ als den Sinn der Gegenwart. Auf
allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft, der Religion und Philo-
sophie, der Technik und Wirtschaft, wird diese Spannung lebendig.
Die Darstellung weist sich zur packenden Schilderung unserer
heutigen Kultur, die in unwiderlicher Einheit einem Endpol: der
Befreiung der Gemeinschaftswerte, zukehrt. Diese Erkenntnis stellt
uns vor verpflichtende Aufgaben. Es gilt, den Willen zur Ge-
meinschaft aus individualistischer Verstrickung zu befreien.

Verbandsnachrichten.

- Die Abrechnung für das II. Quartal haben eingekandt:
- Gau 1. Alfred Andreasberg, Godesau, Hameln, Petne, Soltau, Goslar, Helmstedt.
 - Gau 2. Alleringerleben, Bitterfeld, Halberstadt, Halle, Hornburg, Salzwedel, Rühberg, Wetzlingen, Königslutter, Schönebeck, Eiferwerda.
 - Gau 3. Mühlentack, Oberberg, Perleberg, Kottbus, Havelberg, Brandenburg, Rathenow, Ruffin.
 - Gau 4. Döberow, Friedland, Lebbin, Neustettin, Schwerin, Stolp, Strelitz, Lestlin, Warnemünde, Jarngass, Parchin, Pyritz, Grabow, Falkenburg, Dömitz, Wismar, Warin, Schwaan, Goldberg.
 - Gau 5. Lützen, Glogau.
 - Gau 6. Breslau, Glogau, Görlitz, Bries, Oppeln, Sagan, Ziegenhals, Wollowka, Müllersberg.
 - Gau 7. Aue, Oboera, Hartha, Radeberg, Schöndorf, Jwikau, Lanfka, Wargen, Amberg.
 - Gau 8. Göttha, Heiligenstadt, Jena, Merseburg, Oberheldrungen, Schwarzburg, Erfurt, Jünnau, Läng, Allstedt, Salzungen, Nordhausen.
 - Gau 9. Alschaffenburg, Forchheim, Kronach, Mantel, Oberstein, Regensburg, Weisburg, Marktredwitz, Nürnberg.
 - Gau 10. Freising, Omdau, Martenstein, Rosenheim, München.
 - Gau 11. Aitrach, Heidenheim, Heilbronn, Karlsruhe, Offen-
burg, Rheinfelden, Singen, Waldshut, Eßlingen, Freiburg.
 - Gau 12. Heilberg, Sedach, Coarbrücken, Eßenberg.
 - Gau 13. Mainz, Limburg, Worms, Frankfurt, Darmstadt, Gießen.
 - Gau 14. Bendorf, Krefeld, Ommersbach, Bonn, Köln, Werken, Aaren.
 - Gau 15. Emsborn, Lauenburg, Varel, Lüneburg, Bergedorf, Bremen, Hamburg.
 - Gau 16. Dabshausen, Hemer, Herdecke, Würgendorf, Söhren, Barmen, Düsseldorf, Arnberg, Essen.